

## Jutta Haug

Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, den 28. Oktober 2013

**Liebe Genossinnen,**

Der Bundestagswahlkampf ist vorüber. Wir ASF-Frauen haben uns engagiert eingebracht und zentrale Forderungen von uns haben den Wahlkampf mitbestimmt. Dies muss sich jetzt auch in den Koalitionsgesprächen widerspiegeln!

Auch auf europäischer Ebene sind wichtige Dossiers zu den Themen Gleichstellung und Chancengleichheit in den letzten Wochen diskutiert worden. Über drei Themen, die nach der Sommerpause auf der Tagesordnung des Europäischen Parlamentes standen, möchte ich euch gerne ausführlicher berichten.

° „Jugendarbeitslosigkeit“: Innerhalb der Europäischen Union ist die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor erschreckend hoch. Im Juni 2013 waren 23,5% der jungen Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Beschäftigung. Dabei ist diese Rate je nach Region sehr unterschiedlich und reicht von ca. 9 % in Deutschland bis zu über 60 % in Griechenland. Besonders bei jungen Frauen unter 25 Jahren steigt die Arbeitslosigkeit weiter an und liegt mittlerweile auch bei rund 23 % in Europa. Dies hat nicht nur für die Betroffenen (unsichere Beschäftigungsaussichten, Armut, soziale Ausgrenzung etc.) massive Folgen – in naher Zukunft werden schwerwiegende Konsequenzen für die sozialen Systeme in den betroffenen Mitgliedsstaaten zu erwarten sein. Weil junge Menschen besonders von der Wirtschaftskrise betroffen sind, die Zahl der in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten steigt, junge Menschen oft in Leiharbeit oder unbezahlten Praktika zu finden sind, beschäftigt sich das Europäische Parlament intensiv mit möglichen Auswegen und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die von allen Seiten begrüßte und dringend notwendige Jugendgarantie ist dabei nur eine Maßnahme, wie das Europäische Parlament in einem Initiativbericht, abgestimmt am 11. September 2013, festgestellt hat. Flankiert werden muss ihre Umsetzung mit Maßnahmen zur allgemeinen wirtschaftlichen Erholung und Reformen der Beschäftigungspolitik. Außerdem seien Instrumente wie steuerliche Anreize oder Lohn-Zuschüsse zu fixieren Beschäftigungskosten zu senken und die Möglichkeit des vereinfachten Finanzierungszugangs zur Unterstützung von Unternehmen zu schaffen, um jungen Menschen eine Beschäftigungsperspektive zu geben. Die Mitgliedstaaten sollen auch prüfen, solche Instrumente anzuwenden, die sich in anderen Mitgliedstaaten als wirksam erwiesen haben. So gilt das duale Ausbildungssystem in Deutschland als Vorbild für notwendige Reformen der Berufsausbildung in anderen EU-Mitgliedsländern.

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen

Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018

Mail: [europabuero@jutta-haug.de](mailto:europabuero@jutta-haug.de), Homepage: [www.jutta-haug.de](http://www.jutta-haug.de)

° „Güterrecht“: Mit der zunehmenden Mobilität der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union haben sich Probleme mit ungeklärten Vermögensverhältnissen bei Paaren mit internationalem Hintergrund ergeben, wenn sie die Rechte, die ihnen als Unionsbürger zustehen, in einem anderen Mitgliedsland ausüben wollen. Mit einer im September 2013 durch das Parlament beschlossenen Änderung im Ehegüterrecht und bei eingetragenen Partnerschaften soll es diesen Paaren erleichtert werden, das für sie zuständige Gericht und das auf ihre Vermögensrechte anzuwendende Recht zu bestimmen. Damit ist ein klarer Rechtsrahmen bereitgestellt für die Bestimmung des zuständigen Gerichtes und des anzuwendenden Güterrechtes.

° "Sexuelle und reproduktive Gesundheit": Durch sogenannte Lebensschützer angestachelt, haben ultrarechte und konservative Abgeordnete am 22. Oktober 2013 eine Abstimmung über sexuelle Gesundheitsrechte verhindert und eine Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu diesem Thema unmöglich gemacht. Der Vorschlag der sozialdemokratischen Berichterstatterin sah etwa qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Bereich der Familienplanung sowie kompetente Beratung durch Fachkräfte für junge Mädchen und Frauen vor. Zudem ging es in dem Bericht um einen europäisch harmonisierten Sexualkundeunterricht, damit das Risiko ungewollter Schwangerschaften bei Frauen in sozial schwacher Lage sinkt. Weiterhin beschäftigte sich der Bericht mit legalen Möglichkeiten der Abtreibung für Frauen in schwierigen Situationen wie etwa nach Vergewaltigungen. Der Bericht machte auch deutlich, dass der derzeitige politische und wirtschaftliche Kontext die Wahrung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte im Grundsatz gefährdet. Die Finanzkrise, der Konjunkturabschwung und die damit einhergehenden Kürzungen der öffentlichen Haushalte beschleunigen in den Mitgliedstaaten die Privatisierung der Gesundheitsdienste und den Abbau des Zugangs zu Gesundheitsdiensten und deren Qualitätsniveau.

Für diese Rechte haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ganz Europa seit Dekaden gekämpft. Es ist ein unglaubliches Zeichen für Intoleranz und für den Rechtsruck in Europa, dass Erzkonservative das Bekenntnis für diese Frauenrechte in Europa und weltweit durch bloßes Niederschreien verhindern konnten.

Über aktuelle Entwicklungen im Europaparlament informiere ich Euch an dieser Stelle gerne weiter!

Ich wünsche euch schöne – hoffentlich sonnige - Herbsttage und sende Euch aus Brüssel

**herzliche Grüße,**



Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen  
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018  
Mail: [europabuero@jutta-haug.de](mailto:europabuero@jutta-haug.de), Homepage: [www.jutta-haug.de](http://www.jutta-haug.de)